

Synopse

NFA Kirchen SO Gesetz

	Beschlussesentwurf 1: Gesetz über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden (FIAG KG)
	<i>Der Kantonsrat von Solothurn</i> gestützt auf Artikel 71 Absatz 1, Artikel 132 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 136 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986[BGS 111.1.] nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom XX. XXXXX 2018 (RRB Nr. 2018/XXXX) <i>beschliesst:</i>
	I.
	1. Allgemeines
	§ 1 Geltungsbereich ¹ Dieses Gesetz regelt den Finanzausgleich der Kirchgemeinden sowie derer Kantonalorganisationen. ² Es regelt insbesondere: a) die Finanzierung; b) den Anspruch jeder Konfession sowie die Aufteilung der Mittel innerhalb jeder Konfession; c) den Ressourcenausgleich durch die ressourcenstarken Kirchgemeinden und den Kanton zu Gunsten der ressourcenschwachen Kirchgemeinden; d) die Verwendung des Anteils der Kantonalorganisationen.
	§ 2 Ziele

	¹ Der Finanzausgleich soll: a) alle Kirchgemeinden nach Massgabe der Anzahl ihrer Konfessionsangehörigen unterstützen; b) ressourcenschwache Kirchgemeinden durch einen Ressourcenausgleich entlasten; c) die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und in der Steuerbelastung zwischen den Kirchgemeinden verringern; d) den Kantonalorganisationen Mittel zur Erfüllung gesellschaftlicher regionaler und gesellschaftlicher kantonalen Aufgaben sowie zur weiteren Unterstützung ihrer Kirchgemeinden zur Verfügung stellen.
	§ 3 Grundsätze ¹ Dieses Gesetz orientiert sich bei der Regelung des Finanzausgleichs an den folgenden Grundsätzen: a) wirtschaftliche und sparsame Aufgabenerfüllung; b) Transparenz bei der Erbringung gesellschaftlicher regionaler und gesellschaftlicher kantonalen Aufgaben; c) Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit.
	2. Finanzierung
	§ 4 Gesamtverteilungsbetrag ¹ Dem Finanzausgleich der Kirchgemeinden steht jährlich der Betrag von 10 Millionen Franken zur Verfügung. ² Der Betrag von 10 Millionen Franken wird periodisch indexiert. Die Indexierung richtet sich nach dem Landesindex der Konsumentenpreise. Der Regierungsrat regelt die weiteren Einzelheiten durch Verordnung.

	³ Der periodisch indexierte Betrag von 10 Millionen Franken bildet den jährlichen Gesamtverteilungsbetrag.
	§ 5 Finanzierung des Gesamtverteilungsbetrages ¹ Die Finanzierung erfolgt aus dem Ertrag der Finanzausgleichssteuer nach § 109 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 1. Dezember 1985[BGS 614.11.] sowie bei Bedarf aus den allgemeinen Mitteln des Kantons. ² Ist der Ertrag aus der Finanzausgleichssteuer eines Jahres höher als der Gesamtverteilungsbetrag, so wird derjenige Anteil des Ertrages, der den Gesamtverteilungsbetrag überschreitet, dem Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds zugewiesen. ³ Ist der Ertrag aus der Finanzausgleichssteuer tiefer als der Gesamtverteilungsbetrag, so wird der fehlende Betrag auf den Gesamtverteilungsbetrag dem Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds entnommen. ⁴ Genügt der Fondsbestand des Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds nicht, um den fehlenden Betrag auf den Gesamtverteilungsbetrag gemäss Absatz 3 zu decken, ist die Differenz durch den Kanton zu finanzieren und in den Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds zu übertragen.
	§ 6 Anspruch jeder Konfession ¹ Vom Gesamtverteilungsbetrag sind vorab die Kosten, welche sich aus § 21 ergeben, sowie die Verwaltungskosten nach § 29 abzuziehen. ² Die Aufteilung des Restbetrages auf die einzelnen Konfessionen erfolgt nach der Anzahl der Konfessionsangehörigen in jedem Bezirk. ³ Die Summe der Anteile aus allen Bezirken ergibt den Gesamtanspruch einer Konfession.
	3. Verteilung und Verwendung der Mittel

	3.1. Grundverteilung zwischen den Kirchgemeinden und den Kantonalorganisationen
	§ 7 Grundverteilung ¹ Vom Gesamtanspruch einer Konfession wird ein Prozentsatz innerhalb einer Bandbreite von 40 bis 60 Prozent den Kirchgemeinden dieser Konfession zugewiesen. Die Differenz zu diesem Prozentsatz auf 100 Prozent des Gesamtanspruches einer Konfession wird der Kantonalorganisation der betreffenden Konfession zugewiesen. ² Der für alle Konfessionen gleiche Prozentsatz für die Grundverteilung wird alle vier Jahre durch den Regierungsrat festgelegt. Die Kantonalorganisationen oder eine gemeinsame Vertretung derselben sind vorgängig anzuhören.
	3.2. Verteilung unter den Kirchgemeinden
	§ 8 Verteilung unter den Kirchgemeinden ¹ Vom Anspruch der Kirchgemeinden einer Konfession wird ein Prozentsatz innerhalb einer Bandbreite von 20 bis 35 Prozent an alle Kirchgemeinden dieser Konfession zugewiesen (Sockelbeitrag). Die Differenz zu diesem Prozentsatz auf 100 Prozent des Anspruches der Kirchgemeinden einer Konfession wird den Kirchgemeinden dieser Konfession nach Steuerkraft zugewiesen (Steuerkraftanteil). ² Der Prozentsatz für die Verteilung unter den Kirchgemeinden wird pro Konfession jährlich, jeweils bis spätestens Ende Oktober des Vorjahres zum Geltungsjahr, durch die Legislative der Kantonalorganisation der betreffenden Konfession beschlossen und dem Departement schriftlich mitgeteilt.
	3.2.1. Anteil aller Kirchgemeinden als Sockelbeitrag
	§ 9 Anteil aller Kirchgemeinden

	¹ Die Verteilung auf alle Kirchgemeinden einer Konfession erfolgt nach Massgabe der Anzahl der Konfessionsangehörigen.
	3.2.2. Ressourcenausgleich unter Einbezug des Steuerkraftanteils
	3.2.2.1. Grundlagen
	§ 10 Zielsetzung und Instrumente ¹ Der Ressourcenausgleich verringert die Unterschiede der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kirchgemeinden. ² Die umverteilten Mittel werden den Kirchgemeinden ohne Zweckbindung ausgerichtet. ³ Instrumente sind der Disparitätenausgleich, die Mindestausstattung sowie die Ober- und Untergrenze.
	§ 11 Berechnungsgrundlagen ¹ Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs sind das Staatssteueraufkommen und die Anzahl der Konfessionsangehörigen der Kirchgemeinde.
	§ 12 Staatssteueraufkommen ¹ Das Staatssteueraufkommen (SSA) einer Kirchgemeinde ist die Summe der Staatssteuern der Konfessionsangehörigen aus der Jahresrechnung dieser Kirchgemeinde bei einem Steuerfuss von 100 Prozent. ² Der Regierungsrat erlässt durch Verordnung Bestimmungen über die darunter fallenden Steuerarten und Betreffnisse.
	§ 13 Anzahl der Konfessionsangehörigen

	¹ Massgebend ist die Anzahl der Konfessionsangehörigen der Kirchgemeinde gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik oder einer eigenen Erhebung durch das Departement.
	§ 14 Steuerkraft und Steuerkraftindex ¹ Die Steuerkraft einer Kirchgemeinde ist das Verhältnis ihres Staatssteueraufkommens zu ihrer Anzahl Konfessionsangehöriger. ² Die Steuerkraft einer Konfession ist das Verhältnis der Summe des Staatssteueraufkommens aller Kirchgemeinden einer Konfession zur gesamten Anzahl der Konfessionsangehörigen einer Konfession. ³ Der Steuerkraftindex (SKI) einer Kirchgemeinde ist das in Prozenten ausgedrückte Verhältnis ihrer Steuerkraft zur Steuerkraft der betreffenden Konfession.
	3.2.2.2. Disparitätenausgleich
	§ 15 Zweck und Funktionsweise ¹ Der Disparitätenausgleich verringert die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Kirchgemeinden. Er wird ausschliesslich durch die Kirchgemeinden finanziert. ² Kirchgemeinden mit einem SKI grösser als 100 erbringen eine Abgabe. ³ Kirchgemeinden mit einem SKI kleiner als 100 erhalten einen Beitrag. ⁴ Der Disparitätenausgleich reduziert die Differenz des SKI einer Gemeinde zum SKI von 100 um 0 bis 8 Prozent. ⁵ Die Legislative der Kantonalorganisation der betreffenden Konfession beschliesst jährlich, jeweils bis spätestens Ende Oktober des Vorjahres zum Geltungsjahr, den massgebenden Prozentsatz nach der Formel A des Anhangs und teilt diesen dem Departement schriftlich mit.
	3.2.2.3. Mindestausstattung

	§ 16 Zweck, Funktionsweise und Anspruchsvoraussetzungen ¹ Die Mindestausstattung bezweckt, den ressourcenschwachen Kirchgemeinden ausreichende Mittel zu verschaffen, damit sie ihre öffentlichen Aufgaben wirtschaftlich und sparsam erfüllen können. ² Anspruch auf eine Mindestausstattung haben Kirchgemeinden, welche nach dem Disparitätenausgleich einen SKI unter einer bestimmten Mindesthöhe aufweisen. ³ Die Mindestausstattung gleicht die Differenz des SKI einer Kirchgemeinde zur festgelegten Mindesthöhe aus. ⁴ Die Legislative der Kantonalorganisation der betreffenden Konfession beschliesst jährlich, jeweils bis spätestens Ende Oktober des Vorjahres zum Geltungsjahr, die massgebende Mindesthöhe des SKI in der Bandbreite von 60 bis 90 und teilt diesen dem Departement schriftlich mit. ⁵ Die Mindestausstattung wird nach der Formel B des Anhanges berechnet.
	§ 17 Verteilung der Restsumme nach SKI ¹ Die Restsumme der Mittel des Steuerkraftanteils, welche nach Ausrichtung der Mindestausstattung übrig ist, wird unter den Kirchgemeinden mit einem SKI kleiner als 100 aufgeteilt. ² Massgebend ist der SKI nach Disparitätenausgleich und nach Mindestausstattung. ³ Nach Absatz 1 anspruchsberechtigte Kirchgemeinden erhalten pro Konfessionsangehörigem einen Beitrag proportional zur Differenz ihrer Steuerkraft zur durchschnittlichen Steuerkraft der betreffenden Konfession. ⁴ Die Verteilung der Restsumme nach SKI wird nach der Formel C des Anhanges berechnet.
	3.2.2.4. Ober- und Untergrenze

	§ 18 Zweck und Funktionsweise ¹ Die Ober- und Untergrenze bezweckt, eine übermässig starke Entlastung bzw. Belastung einzelner Kirchgemeinden zu verhindern. ² Die Obergrenze legt fest, wie viel Prozent der Beitrag aus dem Finanzausgleich, gemessen am Staatssteueraufkommen einer Kirchgemeinde, maximal ausmachen darf. Die Obergrenze wird in einer Bandbreite von 10 bis 30 Prozent des Staatssteueraufkommens festgelegt. ³ Die Untergrenze legt fest, wie viel Prozent die Abgabe aus dem Finanzausgleich, gemessen am Staatssteueraufkommen einer Kirchgemeinde, maximal ausmachen darf. Die Untergrenze wird in einer Bandbreite von 2 bis 5 Prozent des Staatssteueraufkommens festgelegt. ⁴ Die Ober- und Untergrenze sind so festzulegen, dass die Summe der Mittel, welche aufgrund der Obergrenze bei den beitragsberechtigten Kirchgemeinden zurückbehalten wird, grösser ist als die Summe der Mittel, welche aufgrund der Untergrenze den abgabepflichtigen Kirchgemeinden erlassen wird. ⁵ Der sich aus Absatz 4 ergebende Überschuss wird anhand der Anzahl der Konfessionsangehörigen auf jene Kirchgemeinden mit einem SKI kleiner als 100 verteilt. ⁶ Die Legislative der Kantonalorganisation der betreffenden Konfession beschliesst jährlich, jeweils bis spätestens Ende Oktober des Vorjahres zum Geltungsjahr, die Ober- und Untergrenze und teilt diese dem Departement schriftlich mit. ⁷ Die Auswirkungen der Ober- und Untergrenze werden nach der Formel D des Anhangs berechnet.
	3.3. Anteil der Kantonalorganisation
	§ 19 Verwendung

	¹ Der Anteil der Kantonalorganisation ist nach Abzug der entsprechenden Verwaltungskosten für folgende Aufgabenbereiche zu verwenden: a) für gesellschaftliche regionale und gesellschaftliche kantonale Aufgaben; b) für die Unterstützung von Leistungen mit gesellschaftlichem Charakter durch Drittorganisationen, jedoch maximal 30 Prozent des zur Verfügung stehenden Betrages; c) für Investitionsbeiträge an Kirchgemeinden, jedoch maximal 15 Prozent des zur Verfügung stehenden Betrages. ² Die Aufgabenfelder innerhalb der Aufgabenbereiche sowie die Qualität der Leistungserbringung werden durch den Regierungsrat durch Verordnung umschrieben. ³ Der Regierungsrat kann durch Verordnung alle vier Jahre gestützt auf einen gemeinsamen Antrag aller Kantonalorganisationen weitere Aufgabenfelder festlegen. ⁴ Die Mittel sind von der Kantonalorganisation zeitgerecht einzusetzen. ⁵ Allfällige Zinserträge aus der zwischenzeitlichen Finanzanlage des Anteils der Kantonalorganisation sind offen zu legen und nach Absatz 1 zu verwenden. ⁶ Die Verwendung dieses Anteils untersteht der Aufsicht des Regierungsrates. Das Departement kann Weisungen über die Art und Weise der Rechenschaftsberichterstattung gegenüber dem Regierungsrat und über die Buchführung zur Mittelverwendung dieses Anteils erlassen.
	§ 20 Leistungsbilanz ¹ Die Kantonalorganisationen erstellen gegenüber der Öffentlichkeit alle vier Jahre eine gemeinsame Leistungsbilanz über die Verwendung des ihnen aus dem Finanzausgleich zukommenden Anteils. ² Der Regierungsrat regelt die Anforderungen an die Leistungsbilanz und die Art der Veröffentlichung durch Verordnung.

	4. Ausgleich bei Zusammenschlüssen
	§ 21 Besitzstand bei Fusionen ¹ Kirchgemeinden, welche durch einen Zusammenschluss im vorliegenden Finanzausgleich finanzielle Einbussen erleiden, wird die Differenz während einer Dauer von drei Jahren ausgeglichen. ² Dieser Ausgleich erfolgt, sofern mindestens eine der an einer Fusion beteiligten Kirchgemeinden einen SKI von unter 100 aufweist. ³ Der Regierungsrat erlässt durch Verordnung Ausführungsbestimmungen über die Ausrichtung dieser Beiträge. ⁴ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Ausrichtung dieser Beiträge. ⁵ Die Finanzierung dieser Ausgleichszahlungen erfolgt aus dem Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds.
	5. Verfahren und Rechtspflege
	5.1. Datengrundlage
	§ 22 Umfang, Erfassung und Termine ¹ Die Grundlagen für die Berechnung des Finanzausgleichs bilden insbesondere die Daten aus der Jahresrechnung der Kirchgemeinden im Durchschnitt zweier Basisjahre, die Anzahl der Konfessionsangehörigen im Durchschnitt zweier Basisjahre sowie sämtliche weitere in diesem Gesetz genannten statistischen Quellen. ² Der Regierungsrat bestimmt durch Verordnung die Datenquellen, die Art und Weise der Datenerfassung, die Beschaffenheit der Daten, die Termine sowie die Basisjahre. ³ Die Kirchgemeinden sind verpflichtet, alle notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen.

	5.2. Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds
	§ 23 Grundsatz ¹ Der Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds dient insbesondere zur Finanzierung der Beiträge im Finanzausgleich nach § 5 Absatz 3 und dort besonders zur Finanzierung im Ressourcenausgleich nach § 10, bei Zusammenschlüssen nach § 21 und zur Deckung der Verwaltungskosten nach § 29. ² Der Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds wird gespeisen durch Erträge aus der Finanzausgleichssteuer nach § 5 Absatz 2, durch Mittel des Kantons nach § 5 Absatz 4 und Abgaben der Kirchgemeinden nach § 15.
	§ 24 Verzinsung und Verwendung überschüssiger Fondsmittel ¹ Der Fonds ist zu verzinsen. ² Erreicht der Fondsbestand nach Abwicklung aller sich aus einem Finanzausgleichsjahr ergebenden Transaktionen einen Überschuss von mehr als 2 Millionen Franken, so wird derjenige Anteil des Fondsbestandes, der 2 Millionen Franken übersteigt, per Jahresende dem Finanz- und Lastenausgleichsfonds nach den §§ 21 und 22 des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG) vom 30. November 2014[BGS 131.73.] zur Mittelverwendung übertragen.
	5.3. Berechnung, Kürzung, Erhöhung und Berichtigung der Beiträge und Abgaben der Kirchgemeinden sowie der Anteile der Kantonalorganisationen
	§ 25 Berechnung ¹ Das Departement berechnet jährlich die Verteilung der Mittel, den Disparitätenausgleich, die Mindestausstattung, die Verteilung der Restsumme nach SKI und die Auswirkungen der Ober- und Untergrenze gemäss den Formeln des Anhangs und eröffnet sie den Kirchgemeinden.

	² Das Departement berechnet jährlich die Anteile der Kantonalorganisationen und eröffnet sie diesen. ³ Das Departement nimmt die sich aus § 21 ergebenden Berechnungen vor und eröffnet sie den Kirchgemeinden.
	§ 26 Kürzung der Beiträge und Erhöhung der Abgaben einer Kirchgemeinde ¹ Das Departement ist befugt, den von ihm errechneten Beitrag an eine Kirchgemeinde zu kürzen oder die von ihm errechnete Abgabe einer Kirchgemeinde zu erhöhen, falls die Kirchgemeinde: a) ihre Aufgaben nicht wirtschaftlich und sparsam erfüllt oder b) die gesetzlichen Vorschriften über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden nicht befolgt.
	§ 27 Kürzung des Anteils einer Kantonalorganisation ¹ Das Departement ist befugt, den von ihm errechneten Anteil an eine Kantonalorganisation zu kürzen, falls die Kantonalorganisation: a) ihre Aufgaben nicht wirtschaftlich und sparsam erfüllt oder b) die gesetzlichen Vorschriften über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden nicht befolgt oder c) ihre Mittel aus dem Finanzausgleich nicht für die festgelegten Aufgabenbereiche verwendet.
	§ 28 Berichtigung der Beiträge und Abgaben der Kirchgemeinden sowie der Anteile der Kantonalorganisationen ¹ Beiträge oder Abgaben von Kirchgemeinden oder Anteile der Kantonalorganisationen, die aufgrund unrichtiger Angaben oder Berechnungen bestimmt und ausbezahlt oder eingefordert wurden, sind durch das Departement zu berichtigen und den Kirchgemeinden oder Kantonalorganisationen zu eröffnen.

	² Das Departement kann dabei entstehende Differenzbeträge von den Kirchgemeinden oder Kantonalorganisationen verzinst zurückfordern beziehungsweise an die Kirchgemeinden oder Kantonalorganisationen ausbezahlen. ³ Solche Berichtigungen werden über den Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds eingelegt oder entnommen. ⁴ Liegt die Eröffnung eines Beitrages oder einer Abgabe einer Kirchgemeinde oder eines Anteils einer Kantonalorganisation mehr als fünf Jahre zurück, so werden keine Berichtigungen mehr vorgenommen.
	5.4. Verwaltungskosten und Mindestzahlung
	§ 29 Verwaltungskosten ¹ Die dem Kanton durch den Vollzug des Finanzausgleichs erwachsenden Verwaltungskosten des Vorjahres werden dem Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds nach Massgabe des tatsächlichen Aufwandes belastet.
	§ 30 Mindestzahlung ¹ Beträge unter einem vom Regierungsrat durch Verordnung festgesetzten Betrag werden im Finanzausgleich weder ausbezahlt noch eingefordert.
	5.5. Kantonalorganisationen der betreffenden Konfessionen
	§ 31 Definition ¹ Als Kantonalorganisation der römisch-katholischen Konfession gilt die Römisch-Katholische Synode des Kantons Solothurn. ² Als Kantonalorganisation der christkatholischen Konfession gilt der christkatholische Synodalverbandes des Kantons Solothurn.

	³ Als Kantonalorganisation der evangelisch-reformierten Konfession gilt der Verband der evangelisch-reformierten Synoden des Kantons Solothurn. Der Verband umfasst die Evangelisch-reformierte Kirche Kanton Solothurn und die Bezirks-synode Solothurn der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn. Der Verband ist sinngemäss nach den Vorschriften über den Zweckverband nach den §§ 166 ff. des Gemeindegesetzes vom 16. Februar 1992[BGS 131.1.] auszugestalten und zu führen. Die Statuten oder Änderungen der Statuten des Verbandes sind vom Regierungsrat zu genehmigen. Im Rahmen der Genehmigung der Statuten kann der Regierungsrat Abweichungen betreffend die Organisationsstruktur des Verbandes von den §§ 166 ff. Gemeindegesetz[BGS 131.1.] zulassen. Sehen die Statuten des Verbandes keine klassische Legislative vor, ist die Exekutive für die Erfüllung der in diesem Gesetz der Legislative der Kantonalorganisationen zugewiesenen Aufgaben zuständig. ⁴ Ändert die Rechtsform oder die Bezeichnung einer der vorgenannten Kantonalorganisationen, ist der Regierungsrat befugt, die sich daraus ergebenden Korrekturen auf Verordnungsstufe nachzuführen.
	5.6. Rechtspflege
	5.6.1. Einsprache
	§ 32 Einspracherecht: Legitimation, Frist, Form und Inhalt ¹ Die Kirchgemeinden und die Kantonalorganisationen können gegen Entscheide des Departements Einsprache erheben. ² Die Einsprachefrist beträgt 30 Tage seit Zustellung des Entscheides. ³ Die Einsprache ist schriftlich beim Departement einzureichen. Sie soll einen Antrag und eine Begründung enthalten. § 33 Absatz 2 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 15. November 1970[BGS 124.11.] ist anwendbar.
	5.6.2. Beschwerde

	§ 33 Beschwerderecht: Legitimation, Zuständigkeit und Frist ¹ Die Kirchgemeinden und die Kantonalorganisationen können gegen Einspracheentscheide des Departements Beschwerde beim Verwaltungsgericht einreichen. ² Die Beschwerdefrist beträgt 10 Tage seit Zustellung des Entscheides.
	5.6.3. Verfahren
	§ 34 Verwaltungsrechtspflegegesetz ¹ Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[BGS 124.11.].
	6. Übergangs- und Schlussbestimmungen
	6.1. Vollzug
	§ 35 Verordnung ¹ Der Regierungsrat erlässt die erforderliche Vollzugsverordnung.
	6.2. Übergangsbestimmungen
	§ 36 Werte für das erste Vollzugsjahr ¹ Der Regierungsrat sowie die Kantonalorganisationen legen auf den Inkraftsetzungszeitpunkt für das erste Vollzugsjahr sämtliche im vorliegenden Gesetz und dem Formelanhang genannten Werte, welche anschliessend jährlich oder alle vier Jahre durch diese bestimmt bzw. beschlossen werden, fest.
	§ 37 Überführung in den Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds

	¹ Die Mittel des bisherigen Fonds des Finanzausgleichs der Kirchgemeinden (Konto 209004/014) werden mit der Inkraftsetzung des vorliegenden Gesetzes in den Kirchgemeindenfinanzausgleichsfonds gemäss § 23 überführt.
	§ 38 Härtefallausgleich im Übergang: Zielsetzung und Instrument ¹ Der Härtefallausgleich sorgt für einen Ausgleich unter den Kirchgemeinden, um Härten, welche sich beim Übergang des bisherigen zum neuen Finanzausgleichssystem ergeben, abzufedern. ² Der Härtefallausgleich wird während den ersten sechs Vollzugsjahren gewährt. ³ Der Regierungsrat legt durch Verordnung pro Konfession die Ausführungsbestimmungen, insbesondere die maximale Entlastungs- und Belastungsgrenze sowie die Abstufung während der sechs Jahre fest. ⁴ Ein allfälliger Überschuss aus dem Härtefallausgleich wird anhand der Anzahl der Konfessionsangehörigen auf jene Kirchgemeinden mit einem SKI kleiner als 100 verteilt. ⁵ Die Berechnung des Härtefallausgleichs erfolgt nach der Formel E des Anhangs. ⁶ Die Mittel werden den berechtigten Kirchgemeinden ohne Zweckbindung ausgerichtet.
	§ 39 Berichtigungen von Beiträgen und Abgaben nach bisherigen Recht ¹ Berichtigungen von Beiträgen und Abgaben im Sinne von § 74 des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 2. Dezember 1984[BGS 131.71.] im bisherigen Finanzausgleich der Kirchgemeinden können gemäss den Fristen nach bisherigen Recht noch vorgenommen werden.
	§ 40 Berechnungen

	¹ Das Departement nimmt sämtliche sich aus den vorliegenden Übergangsbestimmungen ergebenden Berechnungen sowie Berichtigungen vor und eröffnet diese.
	Anhänge
	1 Formeln (<i>neu</i>)
	II.
	Der Erlass Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 1. Dezember 1985 (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:
§ 1 I. Gegenstand des Gesetzes 1. Staatssteuern ¹ Der Staat erhebt eine Einkommens- und eine Vermögenssteuer von den natürlichen Personen, eine Gewinn- und eine Kapitalsteuer von den juristischen Personen, eine Quellensteuer, eine Grundstückgewinnsteuer, eine Personalsteuer sowie eine Finanzausgleichssteuer zuhanden der Kirchgemeinden. ² Der Staat erhebt ferner eine Handänderungssteuer, eine Nachlasssteuer, eine Erbschafts- und eine Schenkungssteuer. ³ Der Staat kann zur Finanzierung besonderer Aufgaben auf dem Wege der Gesetzgebung Zuschläge zu den in diesem Gesetz aufgeführten Steuern einführen.	¹ Der Staat erhebt eine Einkommens- und eine Vermögenssteuer von den natürlichen Personen, eine Gewinn- und eine Kapitalsteuer von den juristischen Personen, eine Quellensteuer, eine Grundstückgewinnsteuer, eine Personalsteuer sowie eine Finanzausgleichssteuer primär zuhanden der Kirchgemeinden.
§ 109 ¹ Der Staat erhebt gleichzeitig mit der direkten Staatssteuer von den juristischen Personen zuhanden der staatlich anerkannten Kirchgemeinden eine Finanzausgleichssteuer von 10% der ganzen Staatssteuer. ² Dieser Steuerzuschlag von 10% wird nach der rechtskräftigen Veranlagung auch auf den Nachsteuern sowie auf den Bussen nach den §§ 189 ff. erhoben.	¹ Der Staat erhebt gleichzeitig mit der direkten Staatssteuer von den juristischen Personen primär zuhanden der staatlich anerkannten Kirchgemeinden sowie sekundär zuhanden der Einwohnergemeinden eine Finanzausgleichssteuer von 10% der ganzen Staatssteuer.

³ Ein gänzlicher oder teilweiser Erlass der Staatssteuer hat auch einen entsprechenden Nachlass der Finanzausgleichssteuer zur Folge. ⁴ Die Aufteilung des Ertrages der Finanzausgleichssteuer auf die einzelnen Konfessionen richtet sich nach dem Gesetz über den direkten Finanzausgleich[BGS 131.71.].	⁴ Die Aufteilung des Ertrages der Finanzausgleichssteuer auf die einzelnen Konfessionen bei den staatlich anerkannten Kirchgemeinden sowie die Übertragung eines allfälligen Überschusses zuhanden des Finanz- und Lastenausgleichs der Einwohnergemeinden richtet sich nach dem Gesetz über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden vom xx.xx.xxxx[BGS 131.74.].
	III.
	Der Erlass Gesetz über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 2. Dezember 1984 wird aufgehoben.
	IV.
	Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.
	Solothurn, XX. XXXXX 2018 Im Namen des Kantonsrates Urs Ackermann Kantonsratspräsident Dr. Michael Strebel Ratssekretär Dieser Beschluss unterliegt dem ... Referendum.